

Einführung

Axel Schäfer
Stellvertretender Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion



Die deutsche Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen ein wichtiger Teil der europäischen Arbeiterbewegung. „National in der Form – international im Inhalt“, so hatten Karl Marx und Friedrich Engels deren Rolle beschrieben. Schon die frühen Sozialisten sahen sich vor die komplexe Aufgabe gestellt, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erkämpfen sowie länderübergreifend zu einem gemeinsamen Handeln zu gelangen.

Die „Vereinigung freier Völker“ Europas war eine verbindende Forderung in den revolutionären Erhebungen des Jahres 1848, ebenso der Aufruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“. Dieser wurde im 19. Jahrhundert wegweisend für eine universelle, gesellschaftsverändernde Bewegung.

Im Kaiserreich von 1866 - 1918

Seit Beginn ihres organisatorischen Bestehens gehörte die Sozialdemokratie der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) an, in deren gleichnamigen Lied es heißt: „L'internationale, sera le genre humain.“ Schon auf ihrem Kongress 1867 beriet die IAA (1864-1872) den Vorschlag der deutschen Sektion zur „Herstellung eines europäischen Freistaaten-Bundes“ und forderte schließlich einen „Bund der Völker“. In dieser Tradition standen die späteren Beschlüsse der II. Internationale (1889-1923) zu Abrüstung und internationalen Schiedsgerichten.

Innenpolitisch war die Forderung nach „deutscher Einheit (...) als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates“ im Wahlprogramm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) von 1866 lange Zeit einzigartig im Parteienspektrum. August Bebel's Vision vom „vereinte(n) Bund der Völker Europas, ja aller Culturvölker der Erde“ in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ gehörte zu den Grundüberzeugungen einer ganzen Generation von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des Kaiserreichs. Wahr ist aber auch: Im Alltag der Partei bestimmten drängende soziale Probleme und fehlende demokratische Rechte die Tagesordnung. Außenpolitik spielte vor dem Ersten Weltkrieg kaum eine Rolle. Die Äußerungen auf diesem Gebiet blieben oft unbestimmt und dienten vor allem zur Abgrenzung gegenüber einer bürgerlich-konservativen „Politik der nationalen Stärke“.

Dann das Jahr 1914: Die SPD stand zwischen Massenprotesten für den Frieden einerseits und dem Wunsch nach nationaler Integration im Angesicht eines möglichen Krieges andererseits. Kaiser, Reichsregierung und militärische Führung wollten eine europäische Konfliktlösung mit Waffen und wussten dabei ihre Weltmachtabsichten geschickt zu verschleiern. Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten begründete ihr Vorsitzender Hugo Haase im Reichstag mit den Worten: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Die Internationale zerbrach, und in Deutschland spaltete sich die Partei in Befürworter (MSPD) und Gegner (USPD) der „Burgfriedenspolitik“. Obwohl beide offiziell am traditionellen Internationalismus festhielten, war die MSPD als Preis für innenpolitische Reformen bereit, gemäßigte Kriegszielforderungen zu tolerieren. Die Gegensätze zwischen Mehrheit und Opposition spiegelten sich auch in den unterschiedlichen Auffassungen zur „Mitteleuropa-Idee“ wider. Faktisch war es der rechte Flügel der USPD um Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding, der bereits während des Weltkriegs die außen- bzw. europapolitischen Konzepte der Partei für die Zwischenkriegszeit entwickelte.

Die Weimarer Republik von 1918 - 1933

Nach Niederlage, Revolution und Friedensschluss 1918/19 avancierte die SPD, die sich 1922 mit den Resten der USPD wiedervereinigte, in der krisengeschüttelten Weimarer Republik zur tragenden politischen Kraft. Als wichtigstes Instrument zum Erhalt des Friedens und zur wirtschaftlichen Integration Europas galt ihr – trotz nationaler Vorbehalte – der 1919 gegründete und überwiegend europäisch geprägte Völkerbund. Dessen Stärkung und Demokratisierung war auch ein Hauptanliegen der Sozialistischen Arbeiterinternationalen (SAI) (1923-1939). Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 nahm die SPD als erste deutsche Partei die „Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“ in ihr Programm auf. Sie war darüber hinaus immer wieder bereit, konkrete verständigungspolitische Maßnahmen, wie 1925 die Verträge von Locarno und 1929/30 den Briand-Plan, zu unterstützen – auch unter Zurückstellung parteitaktischer Erwägungen.

Während die bürgerlichen Parteien noch weitgehend in nationalstaatlichen Denktraditionen verhaftet blieben, entwickelte die SPD in den 20er Jahren bereits wesentliche theoretische Grundlagen ihrer späteren Europapolitik. Diese basierte auf der Analyse der internationalen Arbeitsteilung als Wesensmerkmal des Kapitalismus und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit zur politischen Gestaltung in Gemeinschaft mit anderen Staaten. Kernpunkte waren eine auf Kriegsverhinderung und Verständigung mit den Nachbarländern ausgerichtete Friedenspolitik, was Forderungen nach einer Teilrevision des Versailler Vertrages durchaus einschloss.

Konkrete Vorschläge wie die Schaffung einer Zollunion und Koordinierung in den Bereichen Handel, Verkehr und Zuwanderung aus dem Jahre 1926 erwiesen sich als äußerst weitsichtig. Erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg konnte dies im Rahmen der EGKS-, EWG- und EU-Verträge umgesetzt werden.

Politische Mehrheiten gegen nationalistische Vorstellungen gab es in der Weimarer Republik aber nie dauerhaft und der Faschismus kam 1933 mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien an die Macht.

Gegen Faschismus und Krieg von 1933 - 1945

Die Nazis zerstörten zuerst die Demokratie und verwüsteten dann Europa in deutschem Namen. Nach dem SPD-Verbot im Dritten Reich leisteten viele Parteimitglieder Widerstand oder flohen ins Exil. Die 30er und frühen 40er Jahre waren aber auch die Zeit, in der verschiedene Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie ihre Konzepte für einen Neuanfang in Europa entwickelten. Der Exilvorstand der SOPADE blieb den Vorstellungen der Weimarer Republik verhaftet und hielt einen wiederbelebten und gestärkten Völkerbund auch weiterhin für das wichtigste Element einer zukünftigen Friedensordnung auf dem Kontinent. Nur durch ihn könnten auch Großbritannien und die USA an einem europäischen Sicherheitssystem beteiligt werden. Dagegen verfochten vor allem die linkssozialistischen Oppositionsgruppen wie Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK), Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und „Neu Beginnen“ entschieden die Europaidee. Erst im Laufe des Krieges näherten sich die unterschiedlichen europapolitischen Vorstellungen an. SOPADE und ISK beschlossen 1943 in der „Union der Deutschen Sozialisten in Großbritannien“ – als Kompromiss ihrer jeweiligen Konzepte – die „Richtlinien für die internationale Politik“. Schon damals stand die Bedeutung einer „deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenarbeit“ in einem künftigen europäischen Gemeinwesen im Vordergrund. Für die demokratischen Länder Europas gehörte die SPD zu den führenden Repräsentanten des anderen Deutschlands, mit denen eine gemeinsame Zukunft gestaltet werden konnte.

In der Bundesrepublik Deutschland von 1945 - 1989

Die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa unter sozialistischen Vorzeichen war in der 1945 wiedergegründeten Sozialdemokratie unumstritten, auch um deutsche Interessen gegenüber alliierten Plänen zu verteidigen. Die SPD erkannte grundsätzlich das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarstaaten an und war zum Verzicht auf staatliche Souveränitätsrechte bereit. Allerdings setzte sich der charismatische, vom Widerstand gegen die Nazi-Diktatur geprägte Vorsitzende Kurt Schumacher innerparteilich mit seiner Auffassung durch, ein vereinigtes Gesamteuropa könne nur auf der Grundlage eines wiedervereinigten, gleichberechtigten, selbstbestimmten und sozialistischen Deutschlands entstehen.

Auf dieser Basis lehnte die SPD, die 1947 den „Marshall-Plan“ noch begrüßt hatte, wegen der Nichterfüllung ihrer deutschlandpolitischen Vorbehalte 1950 den Beitritt zum Europarat, 1951 zur EGKS – „kapitalistisch, konservativ, klerikal und kartellistisch“, so Schumacher – und 1953 zur EVG, zunächst ab. Die Partei blieb damit innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung (1948 wurde das Mouvement Socialiste pour les Etats-Unis d'Europe – MSEUE – gegründet, 1951 die SI) in der Minderheit. Gleichwohl arbeiteten die SPD-Vertreter wie Carlo Schmid von Anfang an konstruktiv in den Gremien der europäischen Institutionen – Beratende Versammlung des Europarats und der EGKS sowie der Ad-hoc-Versammlung – mit.

Nach dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung 1954 öffnete sich die SPD Schritt für Schritt dem existierenden (west-)europäischen Integrationsprozess: Von der Zustimmung zu den EWG- und EURATOM-Verträgen 1957 und dem Godesberger Programm 1959, der außenpolitischen Grundsatzrede Herbert Wehners 1960 bis zur Nominierung von Willy Brandt als

Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1961 führte der Weg zu einem weitgehenden europapolitischen Grundkonsens in Deutschland.

Seit Anfang der 60er Jahre ist die SPD gemeinsam mit ihren Schwesterparteien in den anderen Mitgliedstaaten eine prägende Kraft im Prozess des europäischen Zusammenschlusses. Genannt werden muss hier besonders die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Parteien der EGKS-Staaten und der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG.

Am Ende der Ära de Gaulle, der als französischer Präsident mit seiner „Politik des leeren Stuhls“ die Gemeinschaft blockiert hatte, und zu Beginn der Ära von Willy Brandt und Helmut Schmidt stand die EG auf dem Gipfeltreffen in Den Haag 1969 vor der Entscheidung „zwischen einem mutigen Schritt nach vorn und einer gefährlichen Krise zu wählen“. Die EG entschied sich für ersteres: Eine Wirtschafts- und Währungsunion, die Intensivierung der politischen Zusammenarbeit und die Erweiterung sollten in den 70er Jahren in Angriff genommen werden.

Realisiert wurden die Beitritte von Großbritannien, Irland und Dänemark 1973, die Errichtung des EWS 1978 und die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979. Weitere Schritte blieben aus, da vor allem die Ölkrise und der Verfall des Dollars den gemeinsamen Willen erlahmen ließen. So entstand der Begriff „Eurosklrose“ als Synonym für die Krise der EG bis zur Mitte der 80er Jahre. Erst auf Initiative des Europäischen Parlaments und des neuen, sozialistischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors überwand man die Stagnation. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 begann eine Dynamik von Vertragsänderungen zeitgleich mit mehreren Beitrittsrunden. Doch nach dem Fall der Mauer eröffnet sich dann 1989 ein völlig neuer Ausgangspunkt des europäischen Zusammenschlusses: West und Ost, eine kontinentale Dimension.

Das wiedervereinigte Deutschland von 1989 bis heute

An der Schnittstelle dieses Epochenwandels konnte sich die SPD aber europäisch nicht neu positionieren. Das Berliner Programm 1989, ergänzt durch die unterschiedlichen Lebenserfahrungen der ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, war schon zum Zeitpunkt seiner Beschlussfassung von der Geschichte überholt. Der EU gelang es jetzt, in immer kürzeren Zeiträumen neue Regierungskonferenzen zur Vertiefung und Erweiterung durchzuführen – Maastricht 1992, Amsterdam 1997, Nizza 2001. Die ökonomische Integration durch Vollendung des Binnenmarktes und die Realisierung der gemeinsamen Währung Euro (1. Januar 2002) waren Meilensteine auf dem Weg zu einem Europa als Bundesstaat *sui generis*.

Die SPD trug auch in Oppositionszeiten die jeweiligen Vertragswerke – trotz Kritik in Einzelpunkten – aus europäischer Verantwortung mit. Sie pochte aber erfolgreich auf mehr Rechte für das Europäische Parlament und die Stärkung der gemeinschaftlichen Politikbereiche. Vertiefung stand dabei mit Erweiterung im Gleichklang: 1995 erfolgte die Aufnahme von Finnland, Schweden und Österreich, 2004 von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern sowie 2007 von Bulgarien und Rumänien. Dadurch hat die Gemeinschaft eine andere Gestalt erhalten. Zeitweise konnte eine Mehrheit von sozialdemokratischen Staats- und Regierungschefs das Gesicht Europas prägen: Tony Blair, Lionel Jospin, Viktor Klima, Wim Kok, Alexander Kwasniewski, Paavo Lipponen, Göran Persson, Jorge Sampaio, Konstantinos Simitis.

In diese Phase fielen auch ganz neue Herausforderungen wie die Beteiligung am Kosovo-Krieg und der erstmalige Rücktritt einer Kommission sowie eine mutige Innovation: die Einberufung eines Konvents zur Grundrechtecharta und darauf folgend zum Vertrag über eine Verfassung für Europa.

All dies wurde maßgeblich geprägt vom sozialdemokratischen Bundeskanzler Gerhard Schröder, besonders in seinem Amt als EU-Ratsvorsitzender 1999. In der sich anschließenden Phase christdemokratisch-konservativer Regierungsdominanz geriet Europa konstitutionell in schwere Stürme: Nach der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages durch die Bürger Frankreichs und der Niederlande bei gleichzeitiger Ratifizierung in 18 von 27 Mitgliedstaaten musste die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 gangbare Wege in und aus der Krise aufzeigen. Zugleich wurde innerhalb der EU erstmals grundsätzlich über die Finalität der Integration beraten – wohin und mit wem in Europa? Das nach langen Geburtswehen mit ständig wechselnden Parteivorsitzenden schließlich von Kurt Beck verantwortete Hamburger Grundsatzprogramm brachte die SPD auch europapolitisch entscheidend voran – zumindest in ihrer Beschlussfassung.

Die Entwicklung zum Entwurf eines Verfassungsvertrages und – nach dessen Scheitern bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden – mit dem Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, wurden die wichtigsten konstitutionellen Änderungen in der fast sechzigjährigen europäischen Einigungsgeschichte abgeschlossen. Weil der Weg immer auch das Ziel ist, zeigte sich in den innerstaatlichen Diskussionsprozessen um eine Weiterentwicklung der EU auch die Fragilität des gesamten Prozesses. Auch wenn mit dieser institutionellen Reform nach Meinung vieler die grundlegenden Vertragsänderungen zu einem vorläufigen Abschluss gekommen waren, so betonte die SPD weiterhin ihre Forderung nach einer europäischen Verfassung. Die Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht und die Rechtsprechung in Karlsruhe ermöglichten und beschränkten zugleich den weiteren Einigungsprozess unter Beteiligung Deutschlands.

Heute befindet sich die EU in der größten Krise ihrer Geschichte. Sie wurde ausgelöst von Finanzmarktspekulationen und privater sowie staatlicher Verschuldung. Getragen ist sie von mangelndem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie mangelnden Fähigkeiten der EU-Regierungen, die zu mehr als drei Vierteln von christdemokratischen bzw. rechtsliberalen Staats- und Regierungschefs geführt werden – bei gleichzeitiger Schwäche der Sozialdemokratie. Die existenzbedrohenden Auswirkungen der Krise in Griechenland und die Gefahr von Staatsinsolvenzen bis hin zum Zusammenbruch der Eurozone sind nicht endgültig gebannt. Mit Rettungsschirmen, die mehrere hundert Milliarden Garantien und Wirkungsmöglichkeiten in den Billionenbereich erzielen sollen, hat die EU mit einer beispiellosen Kraftanstrengung versucht, Stabilität herzustellen, Neuverschuldung zu begrenzen und gegen Spekulation eines aus den Fugen geratenen „Raubtierkapitalismus“ zu wirken. Die SPD hat ihr Profil als deutsche Europapartei auf dem Bundesparteitag 2011 in Berlin eindrucksvoll geschärft. Neben einem klaren Bekenntnis zu Europa hat sie sich inhaltlich weiterentwickelt und sich auch durch länderübergreifende Initiativen positioniert (gemeinsamer Antrag in Deutschem Bundestag und französischer Assemblée Nationale zur Finanztransaktionssteuer).

Selbstbehauptung Europas heißt dabei immer auch politische Gestaltung der Globalisierung: Als Friedensmacht, Solidargemeinschaft, Wirtschaftskraft – auch durch Interessensausgleich beispielhaft für andere Regionen der Welt.

